

KOMMENTAR



Herausforderung
für den Aufsichtsrat
bei der BG Ried

Von Jörg Monzheimer
joerg.monzheimer@vrm.de

Die Vertreterversammlung der Baugenossenschaft Ried. Sie gab (beinahe) das seit Jahren gewohnte Bild ab. Ob nun ein Gewinn von knapp 4,3 Millionen Euro oder eine weitere kräftige Steigerung des Anlagevermögens: Vorstandsvorsitzender Jürgen Unger reihte einmal mehr Erfolgsmeldung an Erfolgsmeldung aneinander. Die Ried hat trotz eines schwierigen Marktumfelds kein einziges Bauprojekt stoppen müssen, wird im Mai 2025 insgesamt 2640 Wohnungen im Bestand haben, darunter knapp 800 geförderte. Geht es darum, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist die Ried eine der ersten Adressen. Dennoch kommen auf den Aufsichtsrat um Kai Kienzl große Aufgaben zu. Nach der Trennung von Vorstand Peter Kaminski und dem im nächsten Jahr bevorstehenden Ruhestand von Jürgen Unger müssen beide Vorstandsposten neu besetzt werden. Wie kaum ein anderer verkörpert Unger die Werte der BG Ried. Solides Handeln, Verlässlichkeit, Solidarität und Beständigkeit stehen bei ihm weit oben, seit Jahren arbeitet er mit klarem Blick für das Machbare. Abenteuerlust ist seine Sache nicht. Genauso sollte es weitergehen. Dem Aufsichtsrat ist deshalb bei der Personalauswahl ein glückliches Händchen zu wünschen. Kommt es dann noch zu mehr Kontinuität, umso besser.

Ist Pseudowut eine Gefahr im Kreis?

Neben der Afrikanischen Schweinepest übertragen Wildschweine eine weitere Tierseuche

Von Marion Menrath

KREIS GROSS-GERAU. Seit dem 15. Juni wird der Kreis Groß-Gerau von der Afrikanischen Schweinepest in Atem gehalten. Diese ist nur für Wildschweine und ihre domestizierten Verwandten gefährlich. Andere Tierarten und Menschen erkranken nicht. Doch Wildschweine übertragen noch eine weitere anzeigepflichtige Tierseuche, die Aujeszky'sche Krankheit (AK) oder Pseudowut. Das AK-Virus wurde kürzlich in Hessen nachgewiesen, bei einem erlegten Wildschwein in Haiger im Lahn-Dill-Kreis, 130 Kilometer entfernt. Während infizierte Wildschweine oft keine Symptome zeigen, ist eine AK-Infektion tödlich für Rinder, Schafe, Hunde und Katzen. Das zu den Herpesviren zählende „Suides Herpesvirus 1“ breitet sich bei diesen in wenigen Tagen in Nerven und Gehirn aus. Die Symptome ähneln einer Tollwut: Koordinationsstörungen, Unruhe, Juckreiz, Atemnot, Schluckbeschwerden. Besonders gefährdet sind Jagdhunde. Menschen und Pferde stecken sich nicht an. Hausschweine in Deutschland gelten laut Friedrich-Loeffler-Institut, dem Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, derzeit als AK-frei.

Wie groß ist die Gefahr, dass auch diese Seuche im Kreis Groß-Gerau auftritt? „Die Krankheit ist insoweit seit Jahren relevant für den Kreis Groß-Gerau, als im Odenwaldkreis und im Kreis Bergstraße sowie Darmstadt-Dieburg bereits Nachweise von Antikörpern gegen den Erreger erfolgt sind“, sagt Kreissprecherin Angelica Taubel. Alle Monitoring-Proben von erlegten Wildschweinen aus dem Kreis Groß-Gerau seien bisher negativ auf AK gewesen. Generell sollten Haustiere von gefundenen toten Wildkörpern ferngehalten werden, da über diesem Weg sehr viele Krankheitserreger übertragen werden könnten, rät die Kreissprecherin. Das Aujeszky-Virus werde

beim Monitoring immer mal wieder nachgewiesen, sagt Pressesprecher Markus Stifter vom Landesjagdverband. Auch im Lahn-Dill-Kreis sei es bei einem Routinetest gefunden worden. Indikatortiere, wie Füchse oder Schwarzwild, würden regelmäßig beprobt, um Wildkrankheiten möglichst im Anfangsstadium feststellen zu können. Das hessische Landeslabor habe 2022 mit Antikörpertest 3115 Wildschweine untersucht. Dabei seien 136 Proben positiv gewesen, diese Tiere hatten irgendwann mit dem AK-Virus Kontakt. Von acht auf das AK-Virus getesteten Wildschweinen sei aber keines positiv gewesen. Die 2496 getesteten Hausschweine hatten keine Antikörper gegen AK. Da das Virus für Menschen ungefährlich sei, sei der Verzehr von Wildschweinfleisch unbedenklich.

– Anzeige –

Amtliche Bekanntmachungen des Kreises Groß-Gerau

Hinweisbekanntmachung
Der Kreis Groß-Gerau veröffentlicht seine Bekanntmachungen gemäß § 6 der Hauptsatzung des Kreises im Internet auf der Seite www.kreisgg.de.

Amtliche Bekanntmachung:
3. Änderung der Allgemeinverfügung vom 17. Juni 2024 zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen

Der Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Thomas Will, Landrat

Grundsätzlich bestehe ein dauerhaftes, wenn auch nicht sehr hohes Risiko, dass sich Haustiere wie Hund und Katze über Schwarzwild mit dem Aujeszky-Virus infizieren, sagt Stifter. Die Infektion erfolge meist über virushaltiges rohes Schweinefleisch. „Deshalb sollte an Haustiere grundsätzlich kein rohes Schweinefleisch verfüttert werden“, so Stifter. Hunde sollten im Wald aus Rücksicht auf das Wild immer an der Leine geführt werden. Der Landesjagdverband rät zudem dazu, Kontakt von Hunden zu erlegtem Schwarzwild unbedingt zu vermeiden.

111 neue Wohnungen bis Mai 2025

Die Groß-Gerauer Baugenossenschaft Ried hat 2023 einen Überschuss von 4,3 Millionen Euro erzielt

Von Jörg Monzheimer

KREIS GROSS-GERAU. Die Baugenossenschaft (BG) Ried mit Sitz in Groß-Gerau steuert weiter auf Erfolgskurs: Im vergangenen Jahr erzielte sie einen Überschuss von 4,267 Millionen Euro und setzte ihre Neubautätigkeit fort. Bis Mai 2025 wird die Zahl der Wohnungen im Bestand von 2529 auf 2640 steigen, erklärte Vorstandsvorsitzender Jürgen Unger bei der Vertreterversammlung in Büttelborn. Zufrieden zeigten sich nicht nur die Vertreter, die die allermeisten Beschlüsse einstimmig fassten, sondern auch Aufsichtsratsvorsitzender Kai Kienzl: „Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum“, sagte er. Der Aufsichtsrat achte genau darauf, dass die Preise im Rahmen blieben. „Bei Netto-Kaltmieten von 13 Euro und mehr machen wir nicht mit.“ Im geförderten Wohnungsbau werden bei Neubauten aktuell 9,20 Euro pro Quadratmeter fällig, frei finanziert sind es etwa 12,50 Euro.

Beim Neubau soll etwas auf die Bremse getreten werden

Kienzl verhehlte aber auch nicht, dass es für den Aufsichtsrat durchaus Baustellen gibt. Die betreffen vor allem den Vorstand. Der langjährige Vorstandschef Jürgen Unger geht im kommenden Jahr in den Ruhestand, von Vorstand Peter Kaminski hat sich die BG Ried laut Kienzl Ende März in beiderseitigem Einvernehmen getrennt. Man messe Führungskräfte auch daran, wie gut sie führten. Es habe Coaching-Gespräche gegeben, am Ende aber „mussten wir handeln“, sagte Kienzl. Im nächsten Jahr gelte es nun, zwei Vorstandsposten zu besetzen. „Da arbeiten wir dran, sind zuversichtlich.“ Befristet hat Sabrina Corban den zweiten Vorstandsposten übernommen. Die Diplom-Kauffrau ist seit August 2020 bei der Ried, leitet den Bereich Finanzen und Controlling.

Jürgen Unger kam der Part



Das Projekt „Wohnen am Rhein“ in Biebesheim soll zum 1. Juli 2024 fertig sein. In die insgesamt drei Häuser mit 133 Wohnungen hat die Baugenossenschaft Ried rund 27,9 Millionen Euro investiert.

Foto: BG Ried

zu, durch die Zahlen zu führen. So ist es der BG Ried gelungen, die Bilanzsumme von 180,2 auf 192,17 Millionen Euro zu steigern. Das Anlagevermögen erhöhte sich (vor allem durch in Bau befindliche Projekte) von 171,4 auf 183,4 Millionen Euro. Im Vor-Corona-Jahr 2019 hatte es noch bei 142,5 Millionen Euro gelegen. Aus der Portokasse lässt sich die Bautätigkeit nicht finanzieren, entsprechend erhöhten sich die Verbindlichkeiten von 100,8 (2019) auf 125 Millionen Euro. Im zurückliegenden Jahr leistete die Genossenschaft Tilgungszahlungen von 4,8 Millionen Euro. Stolz war Unger auf die Entwicklung des Eigenkapitals, das bei seinem Amtsantritt 2008 bei etwa 23 Millionen Euro lag und nun 62,5 Millionen Euro beträgt. „Das sind Vermögenswerte, die uns Sicherheit geben. Alles ist solide finanziert.“

Fertiggestellt wurde im vergangenen Jahr ein kleineres

Projekt in Berkach (6 Wohneinheiten/1,9 Millionen Euro Kosten). Zum 1. Februar 2024 war der zweite Bauabschnitt von „Wohnen am Rhein“ in Biebesheim fertig, der dritte folgt zum 1. Juli dieses Jahres. Ab 15. Juli geht auch der dritte Abschnitt in die Vermietung. Mit insgesamt 133 Wohnungen (davon 55 öffentlich gefördert), einer Arztpraxis und einer Investitionssumme von 27,9 Millionen Euro gehört es zu den größten Vorhaben in der Geschichte der 1948 gegründeten Genossenschaft. Beim Projekt „Wohnen am Quartiersplatz“ in Gernsheim entstehen bis Februar 2025 für 14,1 Millionen Euro 38 Wohnungen (zwei davon gefördert), bei „Wohnen im Rosenhof“ in Goddelau bis Mai 2025 weitere 40 (24 davon gefördert). In Goddelau werden rund 13,3 Millionen Euro investiert.

Für die Zukunft tritt die BG Ried beim Neubau etwas auf

die Bremse, weil die Baukosten in den zurückliegenden vier Jahren um 39 Prozent gestiegen sind. Frei finanziert würde das zu Mieten von über 15 Euro pro Quadratmeter führen. Daher habe man die Strategie angepasst, stecke künftig mehr in energetische Sanierung und Instandhaltung. Im Neubau zahle man etwa 3700 Euro pro Quadratmeter, die energetische Sanierung gebe es für Hälfte, so Unger. Es gehe hier um Erhalt der Investitionen und Verlängerung der Lebensdauer von Objekten. Mietern bringe das eine Verbrauchsreduzierung bei Heizenergie um 60 bis 70 Prozent, denen eine Mietsteigerung um zwei Euro pro Quadratmeter und Monat gegenüberstehe. Im Juli 2023 fertig wurde der Hensenring 37 in Stockstadt fertig, die Wiesbadener Straße 25 bis 29 in Bischofsheim folgte im Mai 2024. Aktuell wird in der Hülgelstraße 7 und 9 in Goddelau

gearbeitet, in der Worfelder Wilhelm-Hammann-Straße 56 und 58 geht es um eine reine Fassadensanierung.

Die guten Zahlen führten zur Frage von Wilfried Hirsch, ob denn nicht auch drei Prozent Dividende an die 3211 Mitglieder ausgezahlt werden könnten. Kienzl und Unger verteidigten die zwei Prozent, man wolle Wohnraum schaffen. Mit einer durchschnittlichen Kaltmiete von 7,06 Euro (plus Betriebskosten von 2,74 Euro je Quadratmeter) über den gesamten Bestand hinweg bewege man sich um etwa einen Euro unter anderen Marktteilnehmern, betonte Unger. Im Übrigen gebe es auf Anteile auch noch zwei Prozent Verzinsung, insgesamt also vier Prozent. Alles in allem schüttele die BG Ried knapp 330.000 Euro an ihre Mitglieder aus. Hirsch äußerte zudem den Wunsch nach mehr Kontinuität im Vorstand.

► KOMMENTAR

Lockerungen für Landwirtschaft möglich

Schweinepest: Das hessische Landwirtschaftsministerium empfiehlt, Ernte und Mahd in der Restriktionszone zu erlauben

Von Jörg Monzheimer

KREIS GROSS-GERAU. Für Landwirte besteht die Hoffnung, dass sie trotz des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Hessen auch das Getreide einholen können. Wie Landwirtschaftsminister Ingmar Jung (CDU) erklärt, habe man den betroffenen Landkreisen und kreisfreien Städten empfohlen, dass die Ernte und die Mahd auch auf Äckern und Feldern in der Restriktionszone erlaubt werden kann. Nach Bekanntwerden des ersten Falls der Afrikanischen Schweinepest am 15. Juni – betroffen war eine stark abgemagerte Bache, die bei Rüsselsheim entdeckt worden war – hatte man zunächst strenge Auflagen für die Landwirtschaft erlassen. So wurde der Einsatz von Maschinen in der offenen Landschaft untersagt, um keine Wildschweine aufzusuchen. Die Ernte per Hand blieb möglich. Bereits Ende vergangener Woche lockerte beispielsweise der Kreis Groß-Gerau einige Auflagen wieder.

Die Afrikanische Schweinepest ist für Haus- und Wildschweine hochansteckend, führt in der Regel binnen we-



Beim Getreide steht in den nächsten Wochen die Ernte an. Das hessische Landwirtschaftsministerium empfiehlt, trotz des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest Ernte und Mahd unter bestimmten Voraussetzungen zu erlauben.

Foto: Frank Möllenberg

niger Tage zum Tod. Zu den großen Sorgen gehört es, dass das Virus auf Hausschweinbestände überspringen könnte. Für Menschen und andere Tiere ist das Virus ungefährlich. „Auch wenn das oberste Gebot weiterhin lautet, dass die ASP sich nicht weiter ausweitet, wollen wir die Landwirten und Landwirte ihre wichtige Arbeit machen lassen“, wird Staatsminister Jung in einer Mitteilung des Ministe-

riums zitiert. Jeder landwirtschaftliche Betrieb muss seine Flächen im Vorfeld einer Ernte mit einer Drohne überfliegen lassen, um sicherzustellen, dass darauf keine verendeten Wildschweine liegen oder sich lebende Tiere darin befinden. Erst dann kann eine Einzelgenehmigung vonseiten der zuständigen Stellen ausgesprochen werden. „Alle Maßnahmen in Hessen sind mit den zuständigen Veterinärbehörden,

der ASP-Sachverständigengruppe und den Tierseuchenexperten des Friedrich-Loeffler-Instituts abgestimmt“, betont Jung.

Das Regierungspräsidium (RP) in Darmstadt hatte erst am Mittwoch den Einsatz von Privatdrohnen mit Wärmebildkameras auch in der Nähe von Flugplätzen und anderen Infrastrukturen erlaubt. In der Nähe kritischer Infrastrukturen – dazu gehören Flugplätze, über-

regionale Straßen oder Stromleitungen – dürfen Drohnen normalerweise nur eingeschränkt oder mit Erlaubnis geflogen werden. Dies aber würde die Suche nach Wildschweinen und Wildschweinkadavern in der aktuellen Lage behindern.

Zuletzt hatte das Landwirtschaftsministerium die Zahl der beprobten Wildschweine in der Restriktionszone auf 52 beziffert, davon 33 aus dem Kreis Groß-Gerau. Alle sieben nachweislich infizierten Tiere waren um Rüsselsheim herum und damit in der 7300 Hektar großen Kernzone gefunden worden, die von der A60 im Norden, der A67 im Osten, dem Rhein im Westen und einem Elektrozaun im Süden begrenzt wird.

Die Restriktionszone ist deutlich größer. Sie umfasst Teile mehrerer Landkreise und kreisfreier Städte in einem Radius von etwa 15 Kilometer um den Fundort des ersten Tieres. Die Restriktionszone bemisst sich auf rund 86.000 Hektar, davon circa 14.200 Hektar Wald und 31.200 Hektar landwirtschaftliche Flächen. Innerhalb der Restriktionszone gibt es 93 Schweinehaltungen mit insgesamt knapp 5500 Schweinen.